

Entwicklungspolitik Kompakt



Nr. 16, 29. April 2015

Die Klimakonferenz in Paris 2015 – Der Weg zu einer ambitionierten Klimapolitik

Autoren: Dr. Jochen Harnisch, Dr. Barbara Lueg

Redaktion: Dr. Annemie Denzer-Schulz

Die UN-Klimakonferenz ist die jährlich stattfindende Vertragsstaatenkonferenz (COP) der 1992 verabschiedeten UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Die kommende 21. Klimakonferenz (COP 21) findet vom 30. Nov. bis 11. Dez. 2015 in Paris statt. Die Erwartungen sind hoch: Ziel ist eine neue internationale Klimaschutz-Vereinbarung aller Staaten.

Hoffnung auf ein neues, ambitioniertes Klimaabkommen

Bisher ist das Kyoto-Protokoll (KP) von 2005 das einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument zur Reduktion von Treibhausgasen. Die zweite Verpflichtungsperiode des KP läuft noch bis 2020, allerdings sind hier a) nur einige Industrieländer (IL) mit Reduktionen vertreten und b) nur eine geringe Menge der weltweiten Treibhausgase eingeschlossen. Nach 2020 soll nun ein neues Abkommen greifen, in dem alle (treibhausgasrelevanten) Staaten Beiträge leisten. Ohne nicht genannten Themen die Bedeutung zu nehmen, werden aktuell folgende Bereiche für einen erfolgreichen Abschluss diskutiert:

1. Intended Nationally Determined Contributions (INDC)

Zum Abschluss der COP 20 in Lima wurde festgelegt, dass die UN-Mitgliedsstaaten möglichst bis Ende März 2015 ihre „beabsichtigten, national festgelegten Beiträge“ (INDCs) zur Emissionsminderung für die Zeit nach 2020 bei der UNFCCC einreichen sollen. Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat in seinem letzten Synthese Bericht 2014 deutlich gemacht, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen möglichst schnell und deutlich reduziert werden müssen und am Ende dieses Jahrhunderts null Emissionen ausgestoßen werden dürfen. Denn nur so ist es möglich, die menschengemachte, globale Klimaerwärmung mit einer hohen Wahrscheinlichkeit unter der Schwelle von 2°C zu halten. Aus diesem Grund sollte jeder

treibhausgasrelevante Staat bis Paris ambitionierte INDCs mit konkreten Zeit- und Maßnahmenkatalogen vorlegen. Bisher sind nur sieben INDCs bei der UNFCCC eingereicht worden. Als erstes Land reichte die Schweiz ihre Absichtserklärung ein, gefolgt von der EU. Mexiko legte als erstes Schwellenland und Gabun als erstes afrikanisches Land einen Plan für Klimaschutzbeiträge vor. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch bis zum Beginn der Konferenz nicht alle Staaten INDCs eingereicht haben, aber dennoch handelt es sich hierbei um den entscheidenden Baustein der zeigen wird, ob es das neue Pariser Abkommen schafft, den Klimaschutz wirklich voranzubringen oder ob die entscheidenden Staaten auf ihren „alten“ Positionen verharren und warten, dass andere den ersten (ambitionierten) Schritt machen. Ein besonderes Augenmerk wird hier auf den USA, China, Indien und der EU liegen.

2. Internationale Klimafinanzierung

Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen (COP 15) wurde 2009 von den IL zugesagt, öffentliche und private Leistungen zur Klimafinanzierung bis zum Jahr 2020 auf 100 Mrd. USD jährlich zu steigern. Für ein ambitioniertes Abkommen in Paris ist es entscheidend, ob die IL diese Zusage tatsächlich einhalten. Dazu muss glaubhaft gemacht werden, dass es in den vergangenen Jahren einen Mittelaufwuchs gab, wie der Aufwuchsplan bis 2020 aussieht und ob der Green Climate Fund (GCF) eine weitere Ausstattung erfährt und erste Projektzusagen tätigen kann. Der GCF ist eine wichtige Ergänzung zu den bestehenden bi- und multilateralen Klimafinanzierungsinstrumenten. Sein Ziel ist es, die Entwicklungsländer (EL) bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen. Bisher haben 33 Regierungen Zusagen an den GCF gemacht und die Höhe der bisher zur Verfügung stehenden Gelder beträgt 10,2 Mrd. USD. Letztendlich ist es –

vor allem für die EL – besonders wichtig zu wissen, ob und in welcher Höhe die Klimafinanzierung auch nach 2020 in Paris geregelt wird. Konkrete Zusagen sind dagegen aus Sicht der IL haushaltsrechtlich schwierig zu benennen. Hier muss ein Kompromiss gefunden werden, der sowohl die rechtlichen Bedenken der IL als auch die berechtigten Sorgen der EL beachtet.

3. Loss and Damage (L&D) – Verlust und Schäden durch den Klimawandel

Bei der Diskussion um L&D geht es darum, Lösungen zu finden, wie mit Klimafolgewirkungen umgegangen werden soll, die trotz Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen bereits aufgetreten sind bzw. zukünftig auftreten werden. Dies trifft in besonderer Weise verletzte Staaten (z.B. Inselstaaten), aber auch andere Länder werden von Klimafolgewirkungen zukünftig betroffen sein. Diese können in erster Linie durch ambitionierte Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen minimiert werden, aber aufgrund des bereits fortgeschrittenen Klimawandels sind Maßnahmen im Bereich L&D unabdingbar geworden. Der Hauptstreitpunkt des 2013 in Warschau (COP 19) beschlossenen Mechanismus für L&D ist die Finanzierungsfrage, die nun in Paris geklärt werden soll. Zudem geht es um die Ausgestaltung, da die IL bspw. einen globalen Versicherungsmechanismus und/oder Kompensationszahlungen ablehnen. Für die EL ist es dagegen unerlässlich, dass es in Paris ambitionierte Zusagen sowohl im Bereich Anpassung als auch L&D geben wird.

Fazit

Die COP 15 in Kopenhagen hat gezeigt, dass zu hohe Erwartungen an ein perfektes Abkommen zu Enttäuschungen führen können. Aber in Paris haben die Staaten die Chance, den Weg zu einer verbindlichen und ambitionierten Klimapolitik zu ebnen und ein neues Klimaabkommen zu verabschieden, das den globalen, menschengemachten Klimawandel durch ambitionierte Emissionsreduktionen begrenzt und die Folgen des Klimawandels durch Anpassungsmaßnahmen und L&D minimiert. Hierfür wird neben anderen Maßnahmen eine solide Klimafinanzierung der IL benötigt, die die EL ausreichend unterstützt. ■